

# Zeichen der Zeit : Nachträgliches zur Globalisierung in Ökonomie und Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **94 (2000)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Zeichen der Zeit

### Nachträgliches zur Globalisierung in Ökonomie und Politik

Seit dem letzten «Zeichen der Zeit» hat die reale Entwicklung das Thema «Globalisierung» in Ökonomie und Politik fortgeschrieben. Ich denke an das «Davoser Forum» der 2000 Reichsten und Einflussreichsten, die so gar nichts gegen die Kapitulation der Politik vor der Wirtschaft vorkehren wollen. Ich denke als positives Beispiel aber auch an die Intervention der EU-Staats- und Regierungschefs gegen die Regierungsbeteiligung einer rechtsextremen Partei in Österreich, um den globalen Werten der Menschlichkeit und der Toleranz wenigstens innerhalb der eigenen «Gemeinschaft» Nachachtung zu verschaffen.

#### Neues vom «Zauberberg»

In *Thomas Manns* «Zauberberg» ringen Weltanschauungen miteinander, gibt es verschiedene Optionen für die Zukunft. Was heute auf dem «Zauberberg» diskutiert, wenn nicht zelebriert wird, ist der Fundamentalismus des totalen und dadurch im Keim immer schon totalitären Marktes. Mit fatalen Konsequenzen für soziale Werte und demokratische Institutionen, die dem Leben und Zusammenleben der Menschen Sinn geben könnten.

Den Auftakt zu «Davos» machte *Lester C. Thurow*, der gegenüber dem Tages-Anzeiger (27.1.00) darlegte, wie unvereinbar der globale Kapitalismus und die nur lokal verankerte Demokratie heute sind. Der US-amerikanische Star-Ökonom sagte es in schonungsloser Offenheit: «Wir befinden uns in einer Zeit, in der Firmen den Ländern zunehmend Befehle erteilen. Der Elektronikkonzern Intel zum Beispiel baute eine Fabrik in Israel, die Regierung des Landes musste 600 Millionen Dollar

zahlen, damit Intel nicht Ägypten den Vorzug gab. Oder Brasilien überreichte dem Autokonzern Ford 700 Millionen, Alabam und South Carolina zahlen an BMW und Mercedes. Das heisst: Diese Firmen entrichten nie Steuern an diese Staaten, sondern die Einwohner dieser Staaten zahlen Steuern an die Unternehmen. Die mächtigen Konzerne sind zu Steuerkollektoren geworden. Wenn man eine globale Wirtschaft hat ohne globale Regierung, erhöht sich die Verhandlungsmacht der Unternehmen. Firmen sind mobil, Länder nicht – und so kann man mit Ländern spielen, zumal sich Länder zunehmend in kleine, weniger mächtige Einheiten aufsplintern. Der politische Prozess – bis hin zur Gesetzgebung – wird heute von Firmen beherrscht.»

So brutal war sie sonst nicht, die Sprache der in Davos versammelten Wirtschafts- und Politprominenz. Unter dem *Schock von Seattle* kam es gar zu einer «Wertediskussion». Selbst *Bill Clinton* begrüßte «die neuen Kräfte, die im globalen Dialog gehört werden wollen» (TA 31.1.00). Er anerkannte auch, «dass es vielerorts zu einer Zunahme der Ungleichheit gekommen ist». Aber der US-Präsident wollte oder konnte nicht verraten, welche Gegenmassnahmen in Frage kämen. «Wir müssen mit dem Ungleichgewicht eine gewisse Zeit leben», sagte resigniert der CDU-Ministerpräsident von Sachsen, *Kurt Biedenkopf*. Der ehemalige Chefideologe von *Margareth Thatcher*, *John Gray*, bezeichnete die Konsequenzen des freien Marktes gar als «niederschmetternd» (Weltwoche 27.1.00). Trotzdem kam die «Wertediskussion» über beschwichtigende Formeln nicht hinaus.

Zu dieser «Wertediskussion» müsste endlich auch der *politische Liberalismus*

beitragen. Warum stellt er nicht wenigstens die Frage, was angesichts des Primats der Wirtschaft gegenüber der Politik noch von der *Gewaltenteilung* bleibt, die zu den höchsten Errungenschaften des modernen Rechtsstaates zählt. Gewiss gibt es der Form nach immer noch die drei Gewalten der Legislative, der Exekutive und der Judikative. Aber ihr Spannungsverhältnis gerät zur Idylle angesichts der Gewalt, die von der Wirtschaft ausgeht. Mit immer neuen Deregulierungen hat die Politik ihrer eigenen Abdankung Vorschub geleistet. Das eben ist die *Dialektik der Deregulierung*, dass sie der Wirtschaft erlaubt, nicht nur ihr Kapital, sondern auch ihre Macht zu vermehren. Deregulierung schlägt so um in neue Regulierung, aber jetzt nicht mehr in eine Regulierung der Wirtschaft durch die Politik, sondern in eine Regulierung der Politik durch die Wirtschaft. Diese gibt dem Staat den Tarif durch, nicht nur den Steuertarif, sie beansprucht vielmehr die volle Definitionsmacht über das Gemeinwohl, das auf bloße Profitverträglichkeit reduziert wird. Das aber ist eine sozial-ethisch unzulässige Form der Annexion politischer Macht durch Gebilde, die keine demokratische Legitimation besitzen.

*Montesquieu* zog mit seiner Lehre von der Gewaltenteilung die Konsequenz aus der Erfahrung, dass Menschen, die über Macht verfügten, immer auch versucht seien, diese zu missbrauchen. Darum benötigten sie eine Gegenmacht, die ihnen eine Grenze setzen würde. Wo nun wäre heute diese Gegenmacht gegenüber einer sich selbst überlassenen, ausser Rand und Band geratenen Ökonomie? Solange die Wirtschaft global operiert und die Politik im lokalen, bestenfalls regionalen Rahmen verharret, wird sie zum Spielball der Global Players, wie sie sich selbstgefällig selber nennen.

Der Primat der Wirtschaft über die Politik ist die Rückführung des Menschen in *selbstverschuldete Unmündigkeit*, wie Kant sagen würde, ist Fremdbestimmung und damit *Entfremdung*. Die Sprache verrät es einmal mehr: Ein Wort wie «Human-kapital» signalisiert, dass der Mensch nicht

mehr ein Zweck an sich selbst, sondern Mittel zum Zweck der Marktmaschine geworden ist. *Tony Blair* formulierte es am Davoser Gipfel auf seine Weise: «Eine Wirtschaft, die auf Wissen basiert, macht die Leute zum wichtigsten nationalen Rohstoff» (TA 29.1.00). Solche Terminologie erinnert an das «Menschenmaterial», das von einer sprachkritischen Jury soeben zum «Unwort des Jahrhunderts» erklärt wurde...

Vom «Dritten Weg» einer «*Wirtschaftsdemokratie*» als Ausweg aus der – nun auch in Davos unverhüllt zutage getretenen – Krise der globalen Ökonomie war im letzten «Zeichen der Zeit» ebenfalls die Rede. Die Utopie wird von unerwarteter Seite fortgeschrieben. Das TA-Magazin (März/2000) zitiert den ehemaligen Chefökonom der Weltbank, *Joseph Stiglitz*, der an der Jahrestagung der American Economic Association sagte, «die Sanierungspläne des Währungsfonds und der jeweiligen ost-asiatischen Regierungen während der Finanzkrise hätten den Arbeitern zur Mitentscheidung unterbreitet werden müssen. Nur dadurch hätte man grobe Fehler verhindern können, dass nicht die Ärmsten die Folgen der Krise ausbadeten.»

## **Globalisierung der Werte contra Rechtsextremismus**

Zur «Wertediskussion» angesichts der Globalisierung gehört die Frage nach den normativen Grundlagen, die für den Zusammenhalt der Völkergemeinschaft unabdingbar sind. Die *Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ* in Österreich am 4. Februar machte die Probe aufs negative Exempel. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben ein mutiges und zukunftsweisendes Zeichen gesetzt, als sie Österreich zu bedenken gaben, dass Europa nicht nur ein gemeinsamer Markt, sondern auch eine «Wertegemeinschaft» sein will. «Rassistische und fremdenfeindliche Verhaltensweisen», würden nicht geduldet, heisst es in der Erklärung des amtierenden Präsidenten des EU-Ministerrates *António Guterres*.

Wie recht sie doch haben: Die FPÖ folgt einem Parteipräsidenten, der das Nazi-regime verharmlost, Churchill mit Hitler gleichsetzt, die Konzentrationslager als «Straflager» bezeichnet, den SS-Veteranen «Charakter» und «Anständigkeit» attestiert, die «ordentliche Beschäftigungspolitik» des Dritten Reichs belobigt und sein eigenes Land als «ideologische Missgeburt» bezeichnet. Mag er sich mittlerweile moderat geben, den Tatbeweis einer anderen Gesinnung ist er schuldig geblieben. Ein solcher Tatbeweis kann auch nicht durch die Regierungsbeteiligung erbracht werden, sondern müsste ihr vorausgehen.

Gewiss ist die EU mit ihrer Verurteilung des Haider-Schüssel-Regimes alles andere als konsequent. Wo war die EU, als Berlusconi 1994 mit dem Neo-Faschisten Gianfranco Fini koalierte? Und gewiss ist auch die österreichische Sozialdemokratie an der heutigen Entwicklung nicht unschuldig. Schon Bruno Kreisky liess sich 1970 seine Minderheitsregierung durch die FPÖ unterstützen. Aber auch die Koalitionen der SPÖ mit der ÖVP bildeten ein reformunfähiges Machtkartell, das seinen Kredit immer mehr verspielte. Der Wahlkampf der Sozialdemokratie stand so sehr unter den *neoliberalen Vorzeichen* von Privatisierung und Deregulierung, dass er vor allem in der Arbeiterschaft jenes Gefühl von Heimatlosigkeit provozieren musste, das sich nun als Nährboden von Fremdenhass und Rechtsextremismus herausstellt.

Aber wenn die EU sich endlich aufrafft, ihre Werte zu definieren und durchzusetzen, kann man nur sagen: Besser spät als nie. Damit werden auch Zeichen gegenüber möglichen Beitrittskandidaten von Osteuropa bis zur Türkei gesetzt. Natürlich auch gegenüber der Schweiz, die mit ihrer wählerstärksten Partei, der *Schweizerischen Volkspartei (SVP)*, ein Problem hat, das demjenigen Österreichs nicht unähnlich ist. Selbst der Europarat charakterisierte die SVP am 25. Januar als eine jener Parteien, die wegen fremdenfeindlicher Tendenzen nicht an Regierungen beteiligt werden sollten. Darum das Wutgeheul der

Betroffenen, die nun von «fremden Vögten» daherreden. Werte sind jedoch keine Vögte, sondern Grundlagen der Gemeinschaft. Wer sich an ihnen vergreift, verlässt auch den Grundkonsens der Gemeinschaft. Wo liegt die ungebührliche Intervention einer EU, die das feststellt?

Was sich vor allem die Zürcher SVP an Plakataktionen gegen ein Kontaktnetz für Kosovo-Albaner im letzten Frühjahr erlaubte, an welche niedrigsten Instinkte ihre Messerstecherinserte und die Hetze gegen «rot-grüne Filzläuse» appellierten, geht noch über das hinaus, was Österreich und Europa sich von der FPÖ gefallen lassen müssen. Hinzu kam das Wahlplakat der Landespartei mit jenem Finsterling, der aus dem zerschnittenen Schweizerkreuz ins Freie drängte. Als der Chef der Wiener FPÖ dieses Wahlinserat der SVP gegen den «Asylmissbrauch» sah, meinte er: «Na servus, so hätte ich mir das nicht getraut!» (SoZ 6.2.00). Nun, der fragliche Herr Kabas wurde von Bundespräsident Klestil als Minister abgelehnt, und zwar wegen seiner Wahlplakate.

Dieselbe rechtsbürgerliche Schweiz, die sich heute über die europäische Kritik am Haider-Schüssel-Regime aufregt, blieb stumm, als 1973 der Putsch in Chile unter Mitwirkung des amerikanischen Geheimdienstes erfolgte, und als 1974 die griechischen Obristen nach Nato-Drehbuch die Macht an sich rissen. Sie hatten auch nichts an der permanenten Interventionsdrohung der Nato gegen eine Regierungsbeteiligung der KPI in Italien auszusetzen. Und jetzt soll ein moralisches Mahnwort der EU gegen die Unterwanderung eines Mitgliedstaates durch den Rechtsextremismus plötzlich eine unzulässige Einmischung in die «inneren Angelegenheiten» dieses Staates sein. Die Kritik fällt auf ihre Urheber zurück und zeigt, für welche Bündnisse und «Werte» sie selber stehen.

\*

Noch eine andere, für mich besonders traurige Fortschreibung des letzten «Zei-

chens der Zeit» war die Nachricht vom Tod des Kommunisten, von dessen Besuchen ich erzählt habe. Am 18. Januar wurde er von dieser Welt, die er liebte und für die er Grosses hoffte, abberufen. Seine Ideale sind gescheitert, nicht aber seine Liebe und

seine Hoffnung. *Karl Göhri*, so hiess der Genosse, bestätigte durch seinen aufrechten Gang den Satz von Leonhard Ragaz: «Gott kann sehr wohl bei den Sozialisten sein, die ihn leugnen, und kann bei den Christen, die ihn bekennen, nicht sein.»

## Aus unseren Vereinigungen

### Die Sprache der Macht und die Macht der Sprache – Ferienkurs der Religiös-Sozialistischen Vereinigung (19.–24. September 1999)

*Wo in einem Menschen etwas lebt, das grösser ist, als er selbst, etwas Weites, Freies, Menschliches, ... da ist Gott, auch wenn er nicht genannt wird.*

L. Ragaz

#### Gelebte Spiritualität

Es könnte den Machthabern so passen, wenn der Sozialismus am Ende wäre und das Christentum aus der Öffentlichkeit verschwände. Und wenn «Solidarität» bloss noch warme Luft im Mund von Sonntags- und Wahlkampfrednern wäre, ein Propaganda- oder Werbeslogan ohne verpflichtenden Inhalt – *Sprache der Macht* eben, gut zur Manipulierung und Beruhigung der «selbstverantwortlichen» Bürgerindividuen, günstig in Zeiten deregulierter Globalisierung, im liberalisierten Tanz um das Goldene Kalb. – Globalisierung ja, aber in der Verbundenheit mit den Anderen und für sie und für den Planeten Erde. Verbundenheit mit den «Protestleuten gegen den Tod», mit der «Wolke von Zeugen», in der «Brüderschaft der vom Schmerz Gezeichneten».

Als im Verlauf unseres Ferienkurses das Gespräch um Macht und Sprache einmal recht theorielastig wurde, bemerkte *Hans Schilt*: Man sage doch «Kopf, Herz und Hand», aber immer wieder beanspruche der Kopf allein die Kompetenz, auch wenn es um unser aller gemeinsame Angelegenheiten gehe. Er hat damit wohl etwas Entscheidendes gesehen. Es sollten die Menschheitsangelegenheiten auf eine Art zur Diskussion gestellt werden, dass bei der Problemlösung auch die «Herz»-Kompetenz und die «Hand»-Kompetenz eingebracht werden könnten. Als notwendige Ergänzung, nicht als Alternative. Die Reduktion auf technisch-ökonomische Machtentfaltung braucht eine heilende Ergänzung – «etwas Weites, Freies, Menschliches» (Ragaz).

Es war für mich schon im Ferienkurs des Vorjahres eine gute Erfahrung gewesen, in den Nachfahren des *Petrus Waldus* Spuren einer Alternativspiritualität erfahren zu dürfen, beispielsweise in Institutionen wie dem Altersheim der Waldenserinnen und Waldenser. Oder *religiös-soziale Spiritualität* in der Tradition eines Leonhard Ragaz. Es erfüllt mich mit Dankbarkeit, mit Menschen zusammen zu sein, die diese Spiritualität verkörpern, etwa in der Art, wie sie sich und mir begegnen, oder in der politischen Unruhe, die in ihnen glimmt: «Herz»-Kompetenz, «Hand»-Kompetenz. Dies um so mehr, als es nicht mehr selbstverständlich war, dass sie unter uns sein konnten. *Hans* und *Hanni Schilt* konnten nur teilnehmen, weil *Urs Eigenmann* sie vor ihrer Haustür abholte.

Für die Ausbildung einer lebberen Spiritualität scheint mir die Formulierung *Max Picards* «*das Schweigen beim Wort*» (in seinem 1948 erschienenen Buch «Die Welt des Schweigens») hilfreich zu sein als Ergänzung zu den Tätigkeiten des Analysierens, Aufklärens, Strategieentwerfens, weil es ganzheitlicher ist. Gemeint ist natürlich etwas anderes als das versteinerte Verstummen, wenn provozierender Hohn entgegenschlägt. Die schweigende Achtsamkeit entgegenhalten setzt Power voraus und meint: das standhaltende Hinsehen und Hinhören. Achtsamkeit auf die Einfälle aus der Erinnerung wird zum Mutterboden des Wortes.

#### «Worte wie Arsendosen»

Unser Thema «Die Sprache der Macht und die